

Antrag für das Treffen des Linke.Hochschulgruppennetzwerks am 2.-4..Februar.2007 zu dem G8-Gipfel in Heiligendamm

1. Das Hochschulgruppennetzwerk beschließt an den Gipfelaktivitäten und dem Camp teilzunehmen und mobilisiert zu Gegengipfel und Demonstrationen.
2. Das Hochschulgruppennetzwerk beteiligt sich an der gemeinsamen Anti-G8-Kampagne von Linkspartei, RLS, WASG und solid.
3. Das Hochschulgruppennetzwerk produziert Mobilisierungsmaterial im Rahmen der gemeinsamen Anti-G8-Kampagne der neuen Linken und macht G8 zu einem Schwerpunktthema der Linke.Campus-Zeitung im Sommersemester 2007.
4. Das Hochschulgruppennetzwerk beteiligt sich an Massenblockaden und unterstützt die Kampagne „Block G8“.
5. Das Hochschulgruppennetzwerk regt an, dass sich auf lokaler Ebene Aktionsbündnisse unterschiedlicher Kräfte für eine gemeinsame inhaltliche, organisatorische und politische Vorbereitung der G8-Kampagne an den einzelnen Hochschulen gibt.

Begründung:

1. Wieso die Linke. Teil der globalisierungskritischen Bewegung sein sollte

1.1 Seitdem die globalisierungskritische Bewegung mit den Protesten gegen die WTO-Konferenz in Seattle im November 1999 erstmals in die Öffentlichkeit trat¹, hat sie zu einer grundlegenden Delegitimierung neoliberaler Argumentationsmuster und Institutionen (WTO, Weltbank, IWF etc.) beigetragen.² Viele Menschen glauben heute nicht mehr, dass IWF und Weltbank den Menschen in den Entwicklungsländern helfen; Privatisierungen zu besseren Dienstleistungen führen oder der „Krieg gegen den Terror“ irgendetwas mit „Befreiung“ zu tun hat. In diesem Sinne können die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm auf eine weitere Delegitimierung neoliberaler Politik hinwirken und dadurch die Ausgangsbedingungen für Proteste gegen die neoliberale Politik der Merkel-Regierung verbessern. Der G8-Gipfel bietet zudem einen Fokus, um die „Sachzwang-Argumentation“ grundlegend zu hinterfragen. Beruft sich die Merkel-Regierung (wie alle anderen nationalen Regierungen) bei der Durchsetzung der neoliberalen Politik auf die durch die Globalisierung gewachsenen Sachzwänge, so kann am G8-Gipfel exemplarisch deutlich werden, dass diese „Sachzwänge“ nicht ein über und außerhalb der Politik stehendes „Naturereignis“ sind, sondern eine bewusste Politik derselben Regierungen, die sich anschließend zur Durchsetzung der

¹ Den europäischen Kontinent erreicht die Bewegung erst mit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Genua 2001. Wichtige Ausgangspunkte der Bewegung waren dabei u.a. die Proteste gegen den Neoliberalismus der Zapatisten 1994 in Chiapas, der weltweit verfolgten Streiks im öffentlichen Dienst 1995 in Frankreich und die Kampagne gegen das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI).

² Im Jahr 2003 führte die EU-Kommission eine große Umfrage zu Globalisierung/Globalisierungskritik durch. Diese zeigt klar, wie die Globalisierungskritische Bewegung zur Delegitimierung neoliberaler Argumentationsmuster beigetragen hat. Die Wahrnehmung der Globalisierungskritiker ist insgesamt sehr positiv. So erklären 79 % der Befragten, dass die inhaltlichen Begehren, die die Globalisierungskritiker bei ihren Demonstrationen vorbringen diskussionswürdig sind (Euro-Barometer 2003:57). 63 % erklären, dass die Demonstrationen ihre Aufmerksamkeit auf gewisse Aspekte der Globalisierung verstärkt haben (Euro-Barometer 2003:59). Und immerhin 39 % meinen die Globalisierungskritiker würden auch konkrete Lösungen für die Probleme der Globalisierung vorschlagen (53 % sind nicht dieser Meinung) (Euro-Barometer 2003:62). Dabei handelt es sich nicht um eine beliebige Kritik. Die Bürger in der EU wünschen sich im Übrigen, dass die Globalisierung von anderen Akteure als bisher gestaltet wird. So erklären bereits im Jahre 2003 55 % der Bürger, dass die Gewerkschaften zu wenig Einfluss auf die Globalisierung haben (15 % zu viel Einfluss, 23 % genau richtig) und 49 % wünschen sich mehr Einfluss für die Globalisierungskritischen Bewegungen (15 % zu viel, 25 % genau richtig) (Euro-Barometer 2003:41). Demgegenüber steht ein klares Misstrauen gegenüber Großunternehmen und Finanzmärkten. 62 % denken die multinationalen Konzerne und 59 % die Finanzkreise haben zuviel Einfluss auf die Globalisierung (Euro-Barometer 2003:41). Die Globalisierungskritische Bewegung öffnet also diskursive Räume für politische Akteure. Diese stehen in der Verantwortung die dann auch zu nutzen.

Kürzungen etc. auf den von ihnen geschaffenen Sachzwang stützen.

1.2 Aus sozialistischer Perspektive stellt die globalisierungskritische Bewegung einen bedeutsamen Fortschritt gegenüber den Einpunktbewegungen der 80er dar, da sie nicht bloß gegen spezifische Missstände und Fragen (etwa: Verschuldung, Umwelt etc.) protestiert, sondern von einem Verständnis des Zusammenhangs der verschiedenen Ungerechtigkeiten und Gefahren (Klimawandel, Kriege, Armut) geprägt ist und daher als „antisystemische“ Bewegung verstanden werden kann. Die Kritik der globalisierungskritischen Bewegung an der neoliberalen Globalisierung eröffnet somit ein Deutungsmuster für eine grundsätzliche Kapitalismuskritik. Weil die G8 stellvertretend für ein Wirtschaftssystem stehen, das systematisch Ausbeutung und Ungleichheit, Unterdrückung und Krieg produziert, kann die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel einen Raum für eine tiefgehende, sozialistische Analyse/Kritik des Kapitalismus öffnen.

1.3 Die Mobilisierung zum G8-Gipfel kann die Linke auf dem Campus stärken, weil im Zuge der Mobilisierung Zusammenhänge zwischen dem neoliberalen Umbau der Hochschule und dem gesamtgesellschaftlichen neoliberalen Angriffen deutlich werden können. Die G8-Mobilisierung bietet eine hervorragende Möglichkeit eine Kritik neoliberaler Politik mit einer kritischen Auseinandersetzung mit den Hochschulen als zentralen Orten neoliberaler Ideologieproduktion zu verbinden. Gelingt es, konkrete Fragen mit den globalen Themen zusammenzubringen, kann im Zuge der Mobilisierung zum G8-Gipfel eine stark politisierende Wirkung an den Hochschulen entfalten. Tatsächlich verspricht der G8-Gipfel die größte bundesweite Mobilisierung von Studierenden seit einiger Zeit zu werden. Eine breite Mobilisierung und Politisierung können positiv auf die Studiengebührenproteste bzw. Boykottbewegung zurückwirken. Die Strukturen und Zusammenhänge von Aktiven, die an der Uni im Zuge der Mobilisierung entstehen, können eine relevante Stärkung linker Strukturen an der Uni bedeuten. Nicht zuletzt bieten die Linke-Hochschulgruppen und der neue Hochschulverband der Linken eine Struktur, die Studierenden auch nach den Gipfelprotesten eine Möglichkeit eröffnen, aktiv zu bleiben.

1.4 Durch die G8-Mobilisierung läßt sich die Verbindung zwischen Hochschulgruppennetzwerk und Gesamtpartei herstellen und die Fusion von WASG und Linkspartei vorantreiben. Die Zusammenarbeit mit der von den Parteivorständen von Linkspartei und WASG beschlossenen G8-Kampagne bietet die Möglichkeit, mit den globalisierungskritischen Kräften in der entstehenden Linkspartei zusammenzuarbeiten, neue AktivistInnen zu gewinnen und dauerhaft Kontakte innerhalb der Partei zu knüpfen. Nicht zuletzt kann das Hochschulgruppennetzwerk auf vorhandenes Material und Strukturen zurückgreifen.

2. Was die Linke. zu den Gipfelprotesten beitragen kann

2.1 Die Linke. kann dazu beitragen, eine breitestmögliche Mobilisierung zum G8-Gipfel an der Uni auf die Beine zu stellen, indem sie darauf hinwirkt, dass nicht nur das bereits sensibilisierte „linksradikale Milieu“ angesprochen wird, sondern weite Kreise von Studierenden in die Mobilisierung miteinbezogen werden. Praktisch bedeutet dies, dass es wichtig ist, die thematischen Zusammenhänge zwischen dem G8-Gipfel und wichtigen mobilisierungsfähigen Themen wie Klima, Krieg, Studiengebühren, etc. aufzuzeigen. Die Linke. kann dementsprechende Vorschläge in Mobilisierungsbündnissen machen und eine entsprechende Argumentation in den eigenen Materialien (G8-Schwerpunkt der Linke.Campus-Zeitung, Kampagnenmaterial etc.) entwickeln.

2.2 Das Hochschulgruppennetzwerk. kann für eine Beteiligung an den Massenblockaden als praktische Delegitimierung der G8 werben und darauf hinwirken, dass diese möglichst inklusiv und gewaltfrei gestaltet werden, so dass es auch Studierenden ohne Demonstrationserfahrung, Familien etc. möglich ist, sich zu beteiligen.³

³

Vgl. Kampagnenwebsite von Block G8: <http://www.block-g8.org/>

2.3 Nicht zuletzt kann Die Linke. durch eigene Veranstaltungen und Beteiligung an Bündnisveranstaltungen auf dem Camp und Gegengipfel einen inhaltlichen Beitrag zur Globalisierungskritik und der Diskussion um Alternativen zum Neoliberalismus leisten.

Antragsteller: Sophie Dieckmann (Linke Hochschulgruppe Leipzig, Attac); Jonas Rest (Die Linke.FU); Roman Hanig (Die Linke.HU)

Anlagen:

- A) Verabschiedeter Antrag zu G8 in Linkspartei und WASG**
- B) G8-Aufruf des Linkspartei PV & WASG BV**
- C) Interview mit Oskar Lafontaine zu G8**
- D) Gemeinsame Abschlusserklärung der G8-Aktionskonferenz "Rostock II"**

A) Verabschiedeter Antrag zu G8 in Linkspartei und WASG

Aus dem Antrag an den Parteivorstand der Linkspartei „Beteiligung der Linkspartei an den Gipfelprotesten 2007“ vom 13.11.2006 (eingebracht von Katja Kipping, Wolfgang Gehrcke, Sascha Wagener), der gleichlautend auch im Bundesvorstand der WASG beschlossen wurde:

1. Die Linkspartei.PDS wird sich an Bündnissen zum G8-Gipfel in Deutschland und Europa beteiligen und zum Gipfeltreffen auch eigene Veranstaltungen durchführen. Dazu rufen wir die Mitglieder der Linkspartei, die Freundinnen und Freunde der „Linken“ auf. Der G8-Gipfel wird auf vielen Veranstaltungen in Deutschland und Europa eine Rolle spielen. Wir bieten der Partei die Möglichkeit, auf Referentinnen und Referenten aus der Bundestagsfraktion, der Europäischen Linken und dem Parteivorstand zurückzugreifen. Diese Arbeit wird in der Bundesgeschäftsstelle koordiniert.

2. Die G8-Kampagnengruppe an der sich Linkspartei, WASG, solid und die Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligen, hat mit der Ausgestaltung der Mobilisierungskampagne begonnen. Eine Steuerungsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aller beteiligten wurde eingerichtet, sie steht in Kontakt zur Bundestagsfraktion. Die Kampagnengruppe wird beauftragt sich um die weitere Ausgestaltung der Mobilisierungs-Bausteine (Seminarangebot, Veranstaltungstour, Plakate, Flyer, Transparente) zu kümmern.

Die Räume des KIZ werden dem Kampagnenteam zur Organisation der Kampagne zur Verfügung gestellt. Abgeordnete werden gebeten, ihre Büros für die Mobilisierung in den Landesverbänden zur Verfügung zu stellen.

3. Die Auseinandersetzungen um den G8-Gipfel und damit um die Folgen kapitalistischer Globalisierung sind ein wichtiger Bestandteil politischer Öffentlichkeitsarbeit am Profil der neuen Partei DIE LINKE. Das strategische Moment liegt in der großen Aufmerksamkeit, die die Menschen in Deutschland im gesamten Zeitrahmen vor und während des Gipfels entwicklungspolitischen und globalisierungskritischen Themen schenken werden. Insofern bieten die Aktivitäten in Vorbereitung und Begleitung des G8-Gipfels für Linkspartei und WASG auch die Chance, in der Öffentlichkeit vereint zu agieren, das Zusammengehen ganz öffentlich zu gestalten. Eine dementsprechende Öffentlichkeitsarbeit muss aufgebaut werden.

Unsere spezifische Aufgabe wird darin bestehen, die Brücke zwischen den globalen Fragen von Armut, Umwelt und Frieden mit den konkreten Sorgen der Menschen in Deutschland zu schlagen und zu zeigen, dass der Neoliberalismus nicht alternativlos ist.

4. Höhepunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit wird die erste Juniwoche in und um Heiligendamm sein. Eine Grundplanung des Bündnisses liegt vor (Anhang – P. Shahyar, Informationen zu den Aktivitäten). In diese Planung sollen sich unsere eigenen Veranstaltungen einpassen.

- a)** Der Parteivorstand der Linkspartei.PDS schlägt der Fraktion DIE LINKE. vor,
 - den G8-Gipfel zum Gegenstand parlamentarischer Initiativen zu machen und eine Regierungserklärung dazu einzufordern,
 - in der Woche vom 2. bis 7. Juni 2007 eine Fraktionssitzung „vor Ort“ und eine öffentliche Anhörung zur Kritik der kapitalistischen Globalisierung mit ausländischen Gästen (z.

B. Arundhati Roy, Angela Davis und andere) durchzuführen und
- die Abgeordneten zu bitten, als Referentinnen und Referenten für die verschiedenen Veranstaltungen zur Verfügung zu stehen.

- b) Der Parteivorstand der Linkspartei.PDS wird gemeinsam mit dem Vorstand der WASG zum Gipfelprogramm in Heiligendamm eine Veranstaltung „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ und weitere Veranstaltungen anbieten.
- c) Der Parteivorstand der Linkspartei.PDS begrüßt ausdrücklich, wenn die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit eigenen Veranstaltungen zur öffentlichen Aufklärung über Ursachen und Folgen der Globalisierung beiträgt.
- d) Der Parteivorstand begrüßt das Internationale Aktionscamp als einen Ort von strategischer Bedeutung; in diesem Zusammenhang bietet er [´solid], Junge Linke – Gruppen und den anderen Jugendstrukturen der Partei seine Unterstützung bei der Organisation eines linken Jugendbarrios an.

5. Die Linkspartei.PDS und die WASG beteiligen sich an der Arbeit in den Bündnissen. Wir streben eine gleichberechtigte, partnerschaftliche Zusammenarbeit von Initiativen und Bündnisgruppen an und werden uns in diesem Sinne in Beratungen und Veranstaltungen einbringen. Eine besondere Bedeutung hat dabei die für den 2. Juni 2007 in Rostock geplante Großdemonstration (..“

Aus der Begründung:

„Im Januar übernimmt Deutschland die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union und die Präsidentschaft in der G8. Bereits daraus kann geschlussfolgert werden, dass europa- und außenpolitische Fragen im Jahr 2007 sehr stark die Politik der Bundesregierung prägen. Der G8-Gipfel ist für die Zeit vom 2. bis 8. Juni 2007 nach Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) einberufen worden. Eine Regierungserklärung zum G8-Gipfel liegt noch nicht vor.

Alle G8-Gipfel wurden bisher von starken Protesten der weltweiten globalisierungskritischen Bewegungen begleitet. Unter anderem diskutieren und planen Aktionen zum kommenden Gipfeltreffen das Weltsozialforum (WSF), das Europäische Sozialforum (ESF), die GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Nichtregierungsorganisationen, kirchliche Gruppen sowie verschiedene lokale und überregionale Bündnisse in Deutschland. Die Linkspartei und die WASG haben grundsätzlich zu den Protestaktionen aufgerufen und arbeiten in verschiedenen Bündnissen mit.“

B) Aufruf des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS (gleichlautend beschlossen vom WASG Bundesvorstand)

Gipfel der Ungerechtigkeit – Menschen vor Profite!

Im Juni trifft sich die G8 in Deutschland – in der weißen Stadt am Meer, Heiligendamm in Mecklenburg. G8 – eine Weltregierung der Globalisierung, von niemandem gewählt und dennoch mächtig; zu mächtig und ohne jede Spur von Demokratie. Sie bestimmt, wo es lang gehen soll. Und Deutschland gehört dazu.

„Globalisierung“ heißt die Formel, mit der alles begründet wird: Wenn Arbeitsplätze vernichtet werden, heißt es, das fordert die Globalisierung. Bei der Reduzierung von Unternehmenssteuern wird argumentiert, die Globalisierung zwingt uns dazu. Kriege und die Entsendung von Soldaten

in alle Welt sollen angeblich notwendig sein im globalen Zeitalter. Weltweit tobt der Kampf um die Naturressourcen - Öl, Gas, Wasser -, um die Patentierung der Gene von Pflanzen und Menschen, um die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Finanzspekulationen bringen Superprofite und zerstören ganze Volkswirtschaften. Die Verschuldung raubt den Staaten der so genannten Dritten Welt den Atem. Alles wird zur Ware und den Gesetzen des Marktes unterworfen – im Namen der Globalisierung.

Die wirklichen, weltweiten Probleme werden nicht angepackt, im Gegenteil – ihre Folgen werden immer bedrückender für die Menschen. Wir sagen hingegen:

- Nein zu Kriegen um Öl, Gas und Wasser! Weltweite Kriege und Gewalt brauchen eine zivile Antwort und Umverteilung der Ressourcen.
- Nein zum halbherzigen Klimaschutz der G8! Die Klimakatastrophe braucht eine ökologische Alternative, die für alle Staaten gilt.
- Nein zu Privatisierung und Deregulierung – Ja zu einer Politik, die die Menschen schützt und ihre Rechte stärkt!
- Nein zur globalen Armut! Die Menschheit hat großen Reichtum und technische Voraussetzungen geschaffen viele Probleme zu lösen. Armut, Hunger, Massenkrankheiten, Unterentwicklung können bekämpft werden - durch Kürzung der Rüstungsausgaben, die weltweit jährlich mehr als eine Billion Dollar verschlingen. Die Welt würde sicherer und sozialer.
- Nein zur Diktatur des Marktes! Wir wollen mehr Demokratie – bei uns und weltweit!

Der Zusammenhang und die Widersprüche zwischen technologischem Fortschritt, ökonomischem Wachstum, Abbau der Naturressourcen und politischer Gestaltung werden verwischt. Demokratie und Freiheitsrechte, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit werden einem modernen Kapitalismus geopfert, dessen Folgen für die Menschheit immer bedrohlicher werden. Das Kapital schafft sich eine Welt nach seinem Bilde. Wir aber sagen: Eine andere Welt ist möglich.

Dafür wollen wir demonstrieren und diskutieren: Am 2. Juni 2007 in Rostock und in der Woche des Gipfel. Global denken und lokal handeln, das wollen wir praktizieren. Wir, die Linke, gemeinsam mit vielen anderen. Im Parlament und auf den Straßen und Plätzen. Zusammen mit Menschen aus aller Welt.

Wir rufen auf: No G8 – Menschen vor Profite! Eine andere Welt ist möglich – wenn wir für diese Welt kämpfen!

Partei Vorstand der Linkspartei.PDS, 13.11.2006

C) Interview Oskar Lafontaine zu G8

Kapitalismus produziert Leid

Interview mit Oskar Lafontaine zum G8-Gipfel 2007

Die Gruppe der Acht (G8), die Regierungen der acht mächtigsten Länder, kommt im Juni 2007 nach Deutschland. Was erwartest Du von dem Treffen, bei dem George W. Bush, Tony Blair und Wladimir Putin die prominentesten Gäste sind?

Oskar Lafontaine: Wenig. Bush und Blair sind für den völkerrechtswidrigen Krieg im Irak verantwortlich. Sie rechtfertigen diesen Krieg mit dem scheinheiligen Argument, damit den Terrorismus zu bekämpfen. Die Bundesregierung definiert im Gesetzentwurf zur Anti-Terror-Datei Terroristen als Personen, die "rechtswidrig Gewalt als Mittel zur Durchsetzung international ausgerichteter politischer oder religiöser Belange anwenden oder eine solche Gewaltanwendung unterstützen". Gemäß dieser Definition müssten auch Mitglieder des Bundestags, George W. Bush und Tony Blair in die Datei aufgenommen werden.

Die Regierung hat das Leitmotiv "Wachstum und Verantwortung" für ihre G8-Präsidentschaft gewählt und behauptet, die Globalisierung sozial gestalten zu wollen. Ist das alles nur Show?

Oskar Lafontaine: Die Regierung hat sich bisher nur für Wachstum und Verantwortung für Konzerne und Vermögende engagiert. Gewinne, die Unternehmen machen, wenn sie Anteile an anderen Unternehmen verkaufen, müssen nach wie vor nicht versteuert werden. Und mit der Unternehmenssteuerreform 2007 schenkt die Bundesregierung Aktien und großen Personengesellschaften mehr als zehn Milliarden Euro pro Jahr. Gleichzeitig greift sie den einfachen Leuten in die Tasche, weil sie die Mehrwertsteuer erhöht und Pendlerpauschale und Kindergeld kürzt. Da ist es nicht glaubwürdig, nun im globalen Maßstab eine andere Politik machen zu wollen. Im Gegenteil, die Bundesregierung heizt das Lohn- und Sozialdumping an. Deutschland ist leider nicht Opfer, sondern Vorreiterin bei Liberalisierung und Privatisierung. Die Leidtragenden dieser Politik sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Rentnerinnen und Rentner und die Arbeitslosen.

Aber nationale Regierungen haben in der Globalisierung immer weniger Möglichkeiten, sozialere Politik durchzusetzen.

Oskar Lafontaine: Die Regierenden verweisen gern auf die Globalisierung, um sich aus der gesellschaftlichen Verantwortung zu stellen. Die heutige Finanz-Unordnung ist nicht vom Himmel gefallen. Die Industriestaaten haben sie mit der weitestgehenden Aufhebung von Kontrollen - wie des Kapitalverkehrs oder der Wechselkursbindung - selbst geschaffen. Niemand, der noch ganz klar im Kopf ist, würde sich weigern, ein einmal geöffnetes Fenster wieder zu schließen, wenn die Luft zu kalt herein weht. Die Bundesregierung aber tut das. Die Linke ist die einzige Kraft im Bundestag, die mit konkreten Anträgen und Gesetzentwürfen versucht, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Die nationale wie internationale Politik muss wieder darauf hinwirken, dass das internationale Finanzsystem Regeln unterworfen wird.

Beim G8-Gipfel soll es auch um Klimaschutz gehen. Die Grünen erwarten Impulse zur sozialen und ökologischen Gestaltung der Globalisierung.

Oskar Lafontaine: Das Thema ist zu ernst, um es den neoliberalen Parteien zu überlassen. Die Grünen selbst sind das beste Beispiel, wie Klimaschutz nicht funktioniert. Ihr Konzept ist "mehr Marktwirtschaft". Mehr Marktwirtschaft führt aber nicht zu mehr Ökologie, weil es darum geht, dass billig produziert wird. Der expansive Kapitalismus produziert nicht nur fortlaufend menschliches Leid, er zerstört auch die Umwelt. Ein Wirtschaftssystem, in dessen Zentrum die Steigerung des Profits steht, ist nicht nachhaltig.

Die Sicherheitskosten für den Gipfel betragen nach ersten Schätzungen 90 Millionen Euro...

Oskar Lafontaine: ...die G8 machen eine Politik gegen die Interessen der meisten Menschen. Deshalb müssen sie vor dem Volk abgeschirmt werden. Es ist ein Skandal, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern und der Steuerzahler dafür auch noch die Rechnung zahlen sollen.

Aber es heißt doch, die Sicherheitsmaßnahmen seien notwendig, weil beim G8-Gipfel mit Krawallen zu rechnen

ist?

Oskar Lafontaine: Der Protest gegen die G8 ist gerechtfertigt. Es ist zutiefst undemokratisch, dass Regierungschefs, die gerade mal 13 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren, politische Entscheidungen fällen, die 100 Prozent der Weltbevölkerung betreffen. Wir als Linke beteiligen uns deshalb an den Mobilisierungen. Auch im Parlament werden wir deutlich Stellung beziehen. Wir streiten für mehr internationale Gerechtigkeit. Die G8 stehen für die Ausbeutung von Mensch und Natur. Wer vor diesem Hintergrund von Krawallmachern redet, zeigt ein merkwürdiges Demokratieverständnis.

Aus: Neue Linke, 1/2007, S.4

D) Gemeinsame Abschlusserklärung der G8-Aktionskonferenz "Rostock II" vom 10. bis 12. November 2006

Rostock, 12. November 2006

Im Juni 2007 wird eine große Aktionswoche zum G8-Gipfel in Heiligendamm stattfinden. Die G8 stehen für eine sozial ungerechte, ökologisch unverantwortliche und militaristisch imperiale Politik. Hiergegen werden zehntausende Menschen aus der Region, aus dem ganzen Bundesgebiet, aus Europa und der ganzen Welt protestieren und Alternativen zu der herrschenden Globalisierung sichtbar machen.

Wir begrüßen die Aktivistinnen und Aktivisten aus dem Ausland und freuen uns auf eine der größten internationalen Demonstrationen seit Jahren. Alle Spektren der globalisierungskritischen Bewegung werden in den kommenden Monaten ihre Inhalte und Aktionsvorschläge verstärkt in die öffentliche Diskussion einbringen – hier in der Region wie auch in den jeweiligen Orten und Ländern, aus denen sie kommen.

Mehr als 450 Aktivistinnen und Aktivisten aus ganz Europa haben sich auf der zweiten Aktionskonferenz in Rostock auf den Fahrplan für die Protestwoche gegen den G8-Gipfel verständigt:

* Die Aktionswoche beginnt mit der Großdemonstration gegen den G8-Gipfel am Samstag, 2. Juni.

* Am Sonntag, 3. Juni, gibt es eine große Auftaktveranstaltung, die gemeinsam mit unseren internationalen Freundinnen und Freunden gestaltet wird.

* Am Montag, 4. Juni, wird ein migrationspolitischer Aktionstag mit inhaltlichen, aktionistischen und kulturellen Beiträgen veranstaltet – unter dem Motto „Für globale Bewegungsfreiheit! Gleiche Rechte für alle!“.

* Am Dienstag, 5. Juni, wird im Rahmen des Aktionstags gegen Militarismus, Krieg, Folter und den globalen Ausnahmezustand der Flughafen Rostock Laage blockiert und umzingelt, um die ankommenden Regierungschefs zu begrüßen.

* Am Dienstagabend startet der Alternativgipfel, der bis zum Donnerstag, 7. Juni, gehen wird. Eine Reihe von „Satellitenveranstaltungen“ des Alternativgipfels begleiten die gesamte Aktionswoche (zum Beispiel auf dem Camp und bei den Aktionen).

* Am Mittwoch, 6. Juni, beginnen die Blockaden des G8-Gipfels.

* Am Donnerstag, 7. Juni, finden ein Konzert mit Herbert Grönemeyer unter dem Motto "Music and Messages" weitere Blockaden, und Demonstrationen statt. Prominente internationale Sprecherinnen und Sprecher des Alternativgipfels werden am Auftakt der Demonstrationen teilnehmen.

Wer sich den G8-Gipfel einlädt, lädt sich auch den Protest ein. Wir fordern das Land

Mecklenburg-Vorpommern, den Landkreis Bad Doberan und die Hansestadt Rostock auf, dass die nötige Infrastruktur für die Unterbringungen der Menschen in Camps und für das Austragen der Veranstaltungen zur Verfügung gestellt wird.